

14./VI. 1918.

14

L 70000

11

1918

14/6 - 9/8

Wohnungsfrage

5.

5

• **Wohnungsfürsorge und Kleinwohnungsbau in Schöneberg.**

Den Hauptgegenstand der Beratungen in der gestrigen Schöneberger Stadiverordnetenversammlung bildete die Beratung über die Behebung der nach dem Kriege zu erwartenden Wohnungsnot. Zur Beschlussfassung lagen zwei Anträge vor. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, den Magistrat zu ersuchen, schleunigst eine Vorlage einzubringen, durch welche der Bau von kleinen Wohnungen für kinderreiche Familien vorbereitet und der Bau baldigst in Angriff genommen wird.

Der von der liberalen Fraktion eingebrachte Antrag hatte folgenden Wortlaut: „Wir ersuchen den Magistrat, für sämtliche Schöneberger Familien mit mehr als 3 Kindern unter 16 Jahren eine besondere Wohnungsfürsorge einzurichten: 1) durch Verhandlungen mit Hauseigentümern zu vermitteln, daß den kinderreichen Familien ihre jetzige Wohnung bis zur Behebung der Wohnungsnot belassen bleibt. 2) zur Verhütung drohender Obdachlosigkeit kinderreicher Familien städtische Mittel für besonders geeignete Vorfälle in Form von unverzinslichen Mietvorschüssen oder von Mietbeihilfen bereit zu stellen.“

Oberbürgermeister Dominicus erklärte, daß die Stadt bisher keine Neubauten schaffen konnte, da seit Jahr und Tag das Bauverbot besteht. Die Herstellung von Plänen erforderte eine Fülle von Verhandlungen mit den Behörden. Die Wohnungsfrage lasse sich aber nicht von einer Gemeinde Groß-Berlins erledigen. Es sei daher zu begrüßen, daß Oberbürgermeister Wermuth-Berlin sämtliche Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden zu einer gemeinsamen Beratung zusammen berufen habe; es werde dadurch ein dauerndes freiwilliges Zusammenarbeiten sämtlicher Gemeinden auf diesem Gebiete erreicht werden. Nebenbei werde aber auch Schöneberg in seinem Reichsbilde selbständig weiter arbeiten.

Nach längerer Erörterung stimmte hierauf die Versammlung beiden Anträgen zu.